

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abbildungsverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Hinführung und Gang der Untersuchung	1
Erster Teil: Grundlagen	9
Kapitel 1: Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit	11
A. Die Entwicklung der Vereinigungsfreiheit bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes	11
B. Die Vereinigungsfreiheit im Bonner Grundgesetz	17
Kapitel 2: Einführung in das öffentliche Vereinsrecht	37
A. Die Entwicklung des öffentlichen Vereinsrechts	37
B. Das Vereinsgesetz vom 5. August 1964	40
C. Zusammenfassung	46
Kapitel 3: Auslegungsregeln für vereinsrechtliche Tatbestände als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips	47
A. Die Entscheidungsspielräume der Verwaltung mit Übersicht	47
B. Die Grenzen der Gesetzesauslegung und gerichtliche Überprüfbarkeit	49
C. Auslegungsmethoden im Rahmen verwaltungsrechtlicher Normanwendung	50
D. Zusammenfassung	60
Kapitel 4: Untersuchungsobjekte	61
A. Rockervereine	61
B. Islamistisch-extremistische Vereine	67
C. Zusammenfassung	71

Zweiter Teil: Hauptteil	73
 Kapitel 5: Der Vereinsbegriff nach § 2 Abs. 1 VereinsG und seine Weiterentwicklung	 75
A. Begriffsbestimmung	75
B. Die einzelnen Begriffsmerkmale	77
C. Beginn und Ende des Vereins	86
D. Zusammenfassung	87
 Kapitel 6: Vereinsverbote wegen Strafgesetzwidrigkeit nach § 3 Abs. 1 VereinsG am Beispiel von Rockervereinen	 89
A. Die Entwicklung des Verbotsgrundes der Strafgesetzwidrigkeit	89
B. Der Verbotstatbestand der Strafgesetzwidrigkeit	91
C. Die Weiterentwicklung des Verbotsmechanismus bei Teilorganisationen und Teilvereinen	126
D. Zusammenfassung	139
 Kapitel 7: Verbote islamistisch-extremistischer Vereine wegen Verfassungs- und Völkerverständigungswidrigkeit nach § 3 Abs. 1 VereinsG	 143
A. Das „Ob“ des Verbots – Die Schrankenproblematik beim Verbot von Religionsgemeinschaften	143
B. Das „Wie“ des Verbotens – Islamistisch-extremistische Vereine als neues Anwendungsfeld der Verbotstatbestände	164
C. Reichweite der Wirkung der Verbote islamistisch-extremistischer Vereine	182
D. Zusammenfassung	186
E. Übersicht – Tatbestandsmerkmale der Verbotstründe nach Art. 9 Abs. 2 GG bzw. § 3 Abs. 1 VereinsG	188
 Kapitel 8: Verfassungsmäßigkeit der Zuständigkeitsregelungen nach § 3 Abs. 2 VereinsG	 189
A. Verbotszuständigkeit	189
B. Ermittlungsbefugnisse der Verbotsbehörden	195
C. Zusammenfassung	197
 Kapitel 9: Das Kennzeichenverbot nach § 9 VereinsG	 199
A. Überblick zu den Regelungen des Kennzeichenverbots	199
B. Die Reformen des Kennzeichenverbots seit 2001	201

C. Verfassungsmäßigkeit des Verwendungsverbots wesentlich gleicher Kennzeichen	209
D. Reformvorschlag	229
E. Zusammenfassung	232
 Dritter Teil: Exkurs und Ausblick	 235
 Kapitel 10: Weitere Maßnahmen gegen Vereinsmitglieder am Beispiel des Waffenrechts	 237
A. Einführung ins WaffG	237
B. Der Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen Vereinsmitgliedschaft	243
C. Zusammenfassung	256
 Kapitel 11: Die Reichsbürgerbewegung als Exkurs und Ausblick	 259
A. Das Phänomen der Reichsbürger	259
B. Vereinsrecht und Reichsbürger	262
C. Waffenrecht und Reichsbürger	272
 Kapitel 12: Rechtspolitische Vorschläge zur Fortentwicklung des Vereinsrechts	 279
A. Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Vereinsrechts	280
B. Keine Neuregelung des Schrankenvorbehalts in Art. 9 Abs. 2 GG	281
C. Zusammenfassung der Ergebnisse und Reformvorschläge zur Weiterentwicklung des Vereinsrechts	283
 Kapitel 13: Zentrale Thesen der Arbeit	 291
 Glossar zu den Begrifflichkeiten der Rockerbewegungen	 295
Anhang 1 – Verbotene Rockervereine	297
Anhang 2 – Verbotene islamistisch-extremistische Vereine	301
 Literaturverzeichnis	 305
Stichwortverzeichnis	321

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abbildungsverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Hinführung und Gang der Untersuchung	1
Erster Teil: Grundlagen	9
Kapitel 1: Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit	11
A. Die Entwicklung der Vereinigungsfreiheit bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes	11
I. Die Vereinigungsfreiheit als Länderangelegenheit im 19. Jahrhundert	11
1. Deutscher Bund und Konstitutionalisierung	12
2. Märzrevolution und Paulskirchenverfassung	13
3. Deutsches Kaiserreich und Reichsverfassung	15
4. Zwischenergebnis	15
II. Die Vereinigungsfreiheit in der Weimarer Reichsverfassung	16
III. Zwischenergebnis	17
B. Die Vereinigungsfreiheit im Bonner Grundgesetz	17
I. Die allgemeine Vereinigungsfreiheit	18
1. Entstehungsgeschichte	18
2. Umfang der Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 Abs. 1 GG	19
a) Doppelgrundrecht	19
b) Begriff der Vereinigung	20
c) Gewährleistungsumfang	22
aa) Positive und negative Vereinigungsfreiheit	22
bb) Die Schutzgehalte der Vereinsorganisation und Vereinsbetätigung	23
cc) Weitere Gewährleistungsdimensionen	25
(1) Status activus	25
(2) Status positivus	25
dd) Zwischenergebnis	26

d) Eingriffe in die Vereinigungsfreiheit	26
e) Gesetzliche Ausgestaltung der Vereinigungsfreiheit	27
3. Beschränkungen durch Art. 9 Abs. 2 GG	29
4. Weitere Beschränkungen durch kollidierendes Verfassungsrecht	30
5. Zwischenergebnis	31
II. Die religiöse Vereinigungsfreiheit	31
1. Aufhebung des Religionsprivilegs	32
2. Umfang der religiösen Vereinigungsfreiheit	32
a) Religionsgemeinschaft und religiöser Verein	32
b) Herleitung und Verhältnis zu anderen Grundrechten	33
c) Menschenrecht	34
d) Gewährleistungsumfang	35
3. Eingriff und Schranken	35
4. Zwischenergebnis	35
III. Zusammenfassung und Ausblick	35
 Kapitel 2: Einführung in das öffentliche Vereinsrecht	 37
A. Die Entwicklung des öffentlichen Vereinsrechts	37
I. Das Vereinsrecht in den Ländern	37
II. Das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908	38
1. Anlass und Gesetzgebungsverfahren	38
2. Zentrale Regelungen	39
III. Zwischenergebnis	40
B. Das Vereinsgesetz vom 5. August 1964	40
I. Anlass und Gesetzgebungsverfahren	41
II. Zentrale Regelungen	42
1. Das Vereinsgesetz als Ausführungsgesetz zu Art. 9 Abs. 1 und Abs. 2 GG	42
2. Die „Polizeifestigkeit“ des Vereinsrechts	43
3. Das Erfordernis der Verbotsverfügung	43
4. Die Verbotszuständigkeit des Bundes	44
5. Vereinstypen nach Vereinsgesetz, insb. ausländischer Verein und Ausländerverein	44
III. Zwischenergebnis	45
C. Zusammenfassung	46
 Kapitel 3: Auslegungsregeln für vereinsrechtliche Tatbestände als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips	 47
A. Die Entscheidungsspielräume der Verwaltung mit Übersicht	47
B. Die Grenzen der Gesetzesauslegung und gerichtliche Überprüfbarkeit	49

C. Auslegungsmethoden im Rahmen verwaltungsrechtlicher Normanwendung	50
I. Grammatische Auslegung	51
II. Teleologische und historische Auslegung	51
III. Systematische Auslegung	52
IV. Subsidiäre Auslegungsmittel	53
1. Der Grundsatz der extensiven Auslegung	53
2. Der Grundsatz der restriktiven Auslegung	54
a) Die restriktive Auslegung in anderen Rechtsgebieten	55
aa) Strafrecht	55
bb) Zivilrecht	55
cc) Völkerrecht	56
b) Die restriktive Auslegung vereinsrechtlicher Tatbestände	56
aa) Auslegung der Tatbestände des Vereinsverbots	56
bb) Auslegung der Tatbestände des Kennzeichenverbots	59
cc) Zwischenergebnis	60
D. Zusammenfassung	60
Kapitel 4: Untersuchungsobjekte	61
A. Rockervereine	61
I. Das Phänomen der Rocker, Strukturen und Begrifflichkeiten	61
II. Einzelne Motorradclubs	64
1. Hells Angels MC	64
2. Bandidos MC	65
3. Gremium MC	66
B. Islamistisch-extremistische Vereine	67
I. Jihadistische Vereine	67
II. Salafistische Vereine	68
III. Sonstige islamistische Vereine	70
C. Zusammenfassung	71
Zweiter Teil: Hauptteil	73
Kapitel 5: Der Vereinsbegriff nach § 2 Abs. 1 VereinsG und seine Weiterentwicklung	75
A. Begriffsbestimmung	75
I. Zivilrechtlicher Vereinsbegriff	75
II. Öffentlich-rechtlicher Vereinsbegriff	76
B. Die einzelnen Begriffsmerkmale	77

I.	Zusammenschluss mehrerer Personen	78
II.	Freiwilligkeit und gemeinsamer Zweck	80
III.	Dauerhafte und organisierte Willensbildung	81
1.	Organisationsstruktur von Rockervereinen	81
2.	Organisationsstruktur islamistisch-extremistischer Vereine	83
IV.	Zwischenergebnis	85
C.	Beginn und Ende des Vereins	86
D.	Zusammenfassung	87
Kapitel 6: Vereinsverbote wegen Strafgesetzwidrigkeit nach		
§ 3 Abs. 1	VereinsG am Beispiel von Rockervereinen	89
A.	Die Entwicklung des Verbotsgrundes der Strafgesetzwidrigkeit	89
B.	Der Verbotstatbestand der Strafgesetzwidrigkeit	91
I.	Strafgesetzwidrige Zwecke	91
1.	Vereinszweck nach Satzung	91
2.	Anderweitig festgelegte oder herleitbare Zwecke	91
3.	Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenzweck	92
4.	Zurechenbares Verhalten der Vereinsorgane/-mitglieder	93
5.	Zwischenergebnis	95
II.	Strafgesetzwidrige Tätigkeit	95
1.	Verhalten	95
a)	Verstoß gegen Strafgesetze	95
b)	Verstoß gegen Ordnungswidrigkeitenrecht	96
c)	Haupt- und Nebentätigkeiten	97
d)	Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	98
e)	Zwischenergebnis	98
2.	Zurechnung	99
a)	Zurechnung des Verhaltens der Vereinsorgane	99
b)	Zurechnung des Verhaltens der Vereinsmitglieder	100
c)	Zurechnung des Verhaltens Dritter	101
d)	Zwischenergebnis	102
3.	Prägung	102
a)	Vielzahl von Straftaten	102
b)	Hilfestellung und Unterstützung durch Verein	104
c)	Einzelne Straftat	106
aa)	Zu untersuchende Entscheidungen	106
(1)	Die Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein vom 19. Juni 2012	106
(2)	Die Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein vom 26. Februar 2014	108
(3)	Die Entscheidung des BVerwG vom 7. Januar 2016	108
(4)	Die Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg vom 29. September 2020	109

bb) Bisherige Bewertung der Rechtsprechung	110
cc) Auslegung des Verbotstatbestands	112
(1) Grammatische Auslegung	112
(2) Teleologische Auslegung	113
(a) Verbotstatbestand nach § 3 Abs. 1 VereinsG	113
(b) Zurechnungstatbestand nach § 3 Abs. 5 VereinsG	115
(3) Historische Auslegung	115
(4) Systematische Auslegung	117
(5) Grundrechtsorientierte Auslegung	118
(a) Verhältnismäßigkeitsprüfung auf Tatbestandsseite	118
(b) Restriktive Auslegung zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit	120
(aa) Eingriffsschwelle	120
(bb) Erheblichkeit und Schwere der Tat	121
(cc) Anzahl der handelnden Personen	122
(dd) Motivlage und Vereinsbezug	123
dd) Zwischenergebnis	124
d) Ergebnis	125
C. Die Weiterentwicklung des Verbotsmechanismus bei Teilorganisationen und Teilvereinen	126
I. Das Verbot von Teilorganisationen und Teilvereinen nach § 3 Abs. 3 VereinsG	126
II. Die Teilorganisations-/ vereinsrechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	128
1. Die Verbote von Satudarah Maluku MC und Gremium MC Sachsen	128
2. Übertragbarkeit der Teilorganisations-/ vereinsrechtsprechung auf andere Motorradclubs	129
a) Hells Angels MC	129
b) Bandidos MC	131
c) Subsumtion	132
III. Einführung eines horizontalen Verbotsmechanismus	133
IV. Verfassungskonforme Auslegung des neuen Tatbestands	135
1. Einordnung als Schwesterverein	136
2. Identität zur übergeordneten Organisation	137
3. Zurechnung des verbotsrelevanten Verhaltens des Schwestervereins	137
V. Ergebnis	138
D. Zusammenfassung	139
Kapitel 7: Verbote islamistisch-extremistischer Vereine wegen Verfassungs- und Völkerverständigungswidrigkeit nach § 3 Abs. 1 VereinsG	143
A. Das „Ob“ des Verbots – Die Schrankenproblematik beim Verbot von Religionsgemeinschaften	143
I. Einfacher Gesetzesvorbehalt aus Art. 136 Abs. 1 WRV	144

II. Verfassungsimmanente Schranken in Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG	145
III. Verfassungsunmittelbare Schranke des Art. 9 Abs. 2 GG	146
1. Unmittelbare Heranziehung	146
2. Mittelbare Heranziehung	147
IV. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	147
V. Stellungnahme	148
1. Lösung über Art. 136 Abs. 1 WRV i. V.m. Art. 140 GG	149
2. Lösung über Art. 9 Abs. 2 GG	149
3. Lösung über Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG	152
a) Rechtsgüter mit Verfassungsrang und Grundrechte Dritter	152
b) Vorbehalt des Gesetzes	152
c) Verfassungskonforme Auslegung des § 3 Abs. 1 VereinsG	154
4. Zwischenergebnis	156
VI. Bedeutung der Schrankenproblematik	157
1. Terminologische Abgrenzung	157
a) Privatrechtliche Religionsgemeinschaften	157
b) Öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften	158
c) Religiöse Vereine	159
d) Zwischenergebnis	159
2. Islamische Organisationsstruktur in Deutschland	160
3. Zwischenergebnis	162
VII. Zusammenfassung mit Übersicht	163
 B. Das „Wie“ des Verbotens – Islamistisch-extremistische Vereine als neues Anwendungsfeld der Verbotstatbestände	 164
I. Die Entwicklung der Verbotstatbestände der Verfassungs- und Völkerverständigungswidrigkeit	 164
II. Die Verbotstatbestände im Einzelnen	165
1. Die verfassungsmäßige Ordnung	166
a) Bisheriges Begriffsverständnis	166
b) Übertragung auf islamistisch-extremistische Vereine	168
c) Zwischenergebnis	171
2. Der Gedanke der Völkerverständigung	171
a) Bisheriges Begriffsverständnis	171
b) Übertragung auf islamistisch-extremistische Vereine	172
c) Zwischenergebnis	174
3. Sich richten	175
a) Aggressiv-kämpferische Haltung gegen die verfassungsmäßige Ordnung	 176
b) Fortlaufende Untergrabung des Gedankens der Völkerverständigung	 177
c) Zurechnung und Prägung	177
d) Eingriffsschwelle	178
e) Zwischenergebnis	180
III. Zusammenfassung	181

C. Reichweite der Wirkung der Verbote islamistisch-extremistischer Vereine	182
I. Reichweite der Verbote nach § 3 Abs. 3 VereinsG und § 8 VereinsG	182
1. Das Verbot von Teilorganisationen und Teilvereinen nach § 3 Abs. 3 VereinsG	182
2. Das Verbot von Ersatzorganisationen nach § 8 VereinsG	183
3. Zwischenergebnis	184
II. Die Möglichkeit der Verwirkung der Vereinigungsfreiheit nach Art. 18 GG	184
D. Zusammenfassung	186
E. Übersicht – Tatbestandsmerkmale der Verbotsgründe nach Art. 9 Abs. 2 GG bzw. § 3 Abs. 1 VereinsG	188
 Kapitel 8: Verfassungsmäßigkeit der Zuständigkeitsregelungen nach § 3 Abs. 2 VereinsG	 189
A. Verbotszuständigkeit	189
I. Verbotszuständigkeit der Länder	189
II. Zuständigkeitsteilung zwischen Bund und Ländern	190
1. Verfassungsmäßigkeit der Zuständigkeitsregelung	191
2. Abgrenzung der Bundes- und Länderzuständigkeit	193
3. Zwischenergebnis	194
B. Ermittlungsbefugnisse der Verbotsbehörden	195
C. Zusammenfassung	197
 Kapitel 9: Das Kennzeichenverbot nach § 9 VereinsG	 199
A. Überblick zu den Regelungen des Kennzeichenverbots	199
B. Die Reformen des Kennzeichenverbots seit 2001	201
I. Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002	201
II. Zweites Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes vom 10. März 2017	202
1. Entwicklung bis zur Gesetzesänderung	203
a) Problemendarstellung	203
b) Lösungsansätze aus der Rechtsprechung	204
2. Einführung eines Verwendungsverbots wesentlich gleicher Kennzeichen	208
III. Zusammenfassung	209
C. Verfassungsmäßigkeit des Verwendungsverbots wesentlich gleicher Kennzeichen	209
I. Reaktionen auf Gesetzesänderung	210
II. Vereinbarkeit mit der Vereinigungsfreiheit in Art. 9 Abs. 1 GG	212

1. Verwendung von Kennzeichen als von der Vereinigungsfreiheit geschützte Vereinsbetätigung	213
2. Eingriff durch Verwendungsverbot	216
3. Rechtfertigung des Verwendungsverbots	216
a) Schrankenvorbehalt für § 9 Abs. 3 VereinsG	217
b) Verhältnismäßigkeit und Gebot der restriktiven Auslegung als Schranken-Schranken	219
aa) Ziel des Gesetzes	220
bb) Geeignetheit	220
cc) Erforderlichkeit	221
dd) Angemessenheit	221
(1) Notwendigkeit der restriktiven Auslegung	222
(2) Grenzen der restriktiven Auslegung	223
(a) Der Wille des Gesetzgebers	223
(b) Der Wortlaut der Norm	224
(3) Zwischenergebnis	227
III. Kein Einzelfallgesetz	227
IV. Betroffenheit weiterer Grundrechte	228
V. Zusammenfassung	229
D. Reformvorschlag	229
E. Zusammenfassung	232
Dritter Teil: Exkurs und Ausblick	235
Kapitel 10: Weitere Maßnahmen gegen Vereinsmitglieder am Beispiel des Waffenrechts	237
A. Einführung ins WaffG	237
I. Die Systematik des WaffG nach 2002	238
II. Die Regelung der Zuverlässigkeit nach § 5 WaffG	238
1. Regelunzuverlässigkeit bei Mitgliedschaft in einem verbotenen Verein	239
2. Absolute Unzuverlässigkeit bei negativer Verhaltensprognose	240
3. Regelunzuverlässigkeit bei verfassungsfeindlicher Betätigung	240
B. Der Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen Vereinsmitgliedschaft	243
I. Absolute Unzuverlässigkeit bei Mitgliedschaft in Rockerverein	243
1. Unzuverlässigkeit bei Ausübung eines Amtes	244
2. Kausalzusammenhang zwischen Unzuverlässigkeit und Mitgliedschaft	245
3. Keine restriktive Auslegung waffenrechtlicher Tatbestandsmerkmale	248
4. Weite Auslegung waffenrechtlicher Tatbestandsmerkmale	250

a) Der Grundsatz der weiten Auslegung als Ausprägung der Verhältnismäßigkeit	251
b) Einordnung von Rockerbewegungen als sog. Outlaw Motorcycle Gangs	252
c) Zuordnung von zugehörigen oder nahestehenden Personen	253
5. Zusammenfassung	253
II. Regelunzuverlässigkeit bei Anhängern der islamistisch-extremistischen Szene	254
C. Zusammenfassung	256
Kapitel 11: Die Reichsbürgerbewegung als Exkurs und Ausblick	259
A. Das Phänomen der Reichsbürger	259
B. Vereinsrecht und Reichsbürger	262
I. Übertragbarkeit des Vereinsbegriffs auf die Reichsbürgerbewegung	262
1. Vereinsstrukturen in der Reichsbürgerbewegung	262
2. Reichsbürgervereine als Vereine im Sinne des § 2 Abs. 1 VereinsG	264
II. Möglichkeit von Vereinsverboten innerhalb der Reichsbürgerbewegung	266
1. Strafgesetzwidrigkeit	266
2. Verfassungsfeindlichkeit	267
3. Völkerverständigungswidrigkeit	269
4. Verbot des Vereins „Geeinte deutsche Völker und Stämme“	271
III. Zusammenfassung	271
C. Waffenrecht und Reichsbürger	272
I. Erste Rechtsprechungsphase	274
II. Zweite Rechtsprechungsphase	275
III. Differenzierung zwischen handelnden Akteuren	277
IV. Zusammenfassung	278
Kapitel 12: Rechtspolitische Vorschläge zur Fortentwicklung des Vereinsrechts	279
A. Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Vereinsrechts	280
B. Keine Neuregelung des Schrankenvorbehalts in Art. 9 Abs. 2 GG	281
C. Zusammenfassung der Ergebnisse und Reformvorschläge zur Weiterentwicklung des Vereinsrechts	283
I. Entwicklung der Vereinigungsfreiheit und des Vereinsrechts	283
II. Verhältnismäßigkeitserwägungen auf Tatbestandsseite	284
1. Die restriktive Auslegung des Verbotstatbestands der Strafgesetzwidrigkeit	284

2. Die restriktive Auslegung der Verbotstatbestände der Verfassungs- oder Völkerverständigungswidrigkeit	285
3. Erweiterung der Verbotsstruktur auf Schwesternvereine als Teilvereine	286
4. Schrankenregelung im Fall eines Verbots inländischer Religionsgemeinschaften	286
5. Verbotszuständigkeit und Ermittlungsbefugnisse	287
III. Verwendungsverbot wesentlich gleicher Kennzeichen	287
IV. Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit wegen Gruppenzugehörigkeit	288
V. Vereinsverbot als taugliches Mittel gegen neue Bedrohungspotentiale	289
 Kapitel 13: Zentrale Thesen der Arbeit	 291
 Glossar zu den Begrifflichkeiten der Rockerbewegungen	 295
Anhang 1 – Verbotene Rockervereine	297
Anhang 2 – Verbotene islamistisch-extremistische Vereine	301
 Literaturverzeichnis	 305
Stichwortverzeichnis	321

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entscheidungsspielräume der Verwaltung	49
Abbildung 2: Grundrechtliche Schutzgehalte nach Organisationsstrukturen .	163
Abbildung 3: Verbotsgründe nach Art. 9 Abs. 2 GG bzw. § 3 Abs. 1 VereinsG	188